

11.05.2021

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Mit Working Space-Angeboten Landesbehördenarbeitsplätze im ländlichen Raum dezentralisieren**

#### **I. Ausgangslage**

Für eine moderne und bürgernahe öffentliche Verwaltung kommt der Digitalisierung eine Schlüsselrolle zu. Durch sinnvoll gestaltete digitale Prozesse können Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Verwaltungsleistungen mit weniger Aufwand und ohne persönliche Vorsprache in Anspruch nehmen. Neben der Digitalisierung der Antragsverfahren sind auch zeitgemäß gestaltete digitale Antragsbearbeitungsprozesse von großer Relevanz, um Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die NRW-Koalition von CDU und FDP die Novelle des E-Government-Gesetzes auf den Weg gebracht, um die Landesverwaltung bis 2025 vollständig zu digitalisieren.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung macht die öffentliche Hand als Arbeitgeber attraktiver. Sie konkurriert mit privaten Unternehmen um die besten Talente. Neben dem Gehalt spielen für Berufseinsteiger ein modernes Arbeitsumfeld, gute Arbeitsbedingungen sowie zeitgemäße Arbeitsabläufe eine wichtige Rolle. Um die Attraktivität der öffentlichen Verwaltung zukünftig zu gewährleisten, ist es erforderlich, fortwährend Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen und eine Kultur der Offenheit für Neuerungen und innovative Lösungen zu etablieren.

Durch die digitale Transformation der Arbeitswelt und der Arbeitsprozesse entstehen zahlreiche neue Chancen für Beschäftigte und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Arbeitsformen werden flexibler – Ort und Zeit des Arbeitens geraten zunehmend in den Hintergrund.

Ging die Ausübung einer Tätigkeit bis Anfang des Jahrtausends immer mit einer gewissen Standortgebundenheit einher, ist es heutzutage in vielen Bereichen möglich, mittels des Internets von überall aus zu arbeiten. Die in einigen Unternehmen bereits weit fortgeschrittene Abkehr von einer Präsenzkultur entspricht den Wünschen vieler Beschäftigten. Daher müssen die mit einer verstärkten Flexibilität von Arbeitszeit und Arbeitsort verbundenen Chancen, welche etwa in verbesserten Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestehen, auch den Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung offenstehen. Aktuell werden zudem aufgrund der Corona-Pandemie zur Kontaktvermeidung flächendeckend Arbeitstätigkeiten in das Homeoffice verlagert. Diese Entwicklung könnte sich langfristig positiv auf die Akzeptanz von mobilem Arbeiten und dezentralen Arbeitsplatzlösungen auswirken.

Bei der flexiblen Wahl des Arbeitsortes entscheiden sich viele Beschäftigte sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst für das eigene Zuhause. Solange die Corona-Pandemie andauert, ist die Arbeit aus dem Homeoffice am besten geeignet, um Kontakte zu vermeiden.

Gleichzeitig zeigen die während der Pandemie gesammelten Erfahrungen auch, dass die Arbeit aus dem Homeoffice außerhalb von Pandemiezeiten nicht für alle Beschäftigten erste Wahl bleiben wird. Gerade die individuellen Lebensumstände und die Wohnraumsituation wie beispielsweise fehlende Rückzugsmöglichkeiten zum ungestörten Arbeiten belasten die Tätigkeit im Homeoffice teilweise sehr. Auch für diesen Personenkreis könnten die Co-Working Spaces eine willkommene Alternative zu ihrem Homeoffice-Arbeitsplatz sein.

Hinzu kommen individuelle Umstände wie die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte oder auch berufliche Erfordernisse sowie individuelle Bedürfnisse nach persönlichem Austausch mit Arbeitskolleginnen und -kollegen. Ebenso erlauben unterschiedliche Lebensumstände es Beschäftigten oft nicht, ihren Arbeitsort außerhalb des regulären Arbeitsplatzes zu verlagern. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Zukunft der Arbeitswelt ist es auch im öffentlichen Dienst wichtig, andere Formen des mobilen Arbeitens zu ermöglichen. Denn nicht für alle Beschäftigten sind Homeoffice und mobiles Arbeiten trotz vorhandener Bedürfnisse realisierbar.

Unabhängig von der Pandemie gewinnen aufgrund angespannter Wohnungsmärkte in Großstädten, dem hohen Verkehrsaufkommen während der Hauptpendelzeit sowie individuellen Bedürfnissen nach frei wählbarem Wohnraum dezentrale Arbeitsplatzlösungen eine immer größere Bedeutung.

Für Beschäftigte der Landesbehörden könnte die Möglichkeit von dezentralen Arbeitsplätzen insbesondere in ländlichen Regionen erheblich positive Auswirkungen auf die Work-Life-Balance haben, unter anderem durch die Reduzierung der Pendelzeiten. Auch für den Wohnungsmarkt, das Klima sowie auf die Attraktivität als Arbeitgeber können sich positive Auswirkungen ergeben.

Eine im privaten Sektor mittlerweile durchaus etablierte Arbeitsform sind sogenannte Coworking Spaces bzw. Office Spaces. Diese sind vorwiegend in urbanen Ballungsräumen angesiedelt und bieten Angebote, einzelne Arbeitsplätze in einem professionellen Umfeld zu mieten. Schnell, flexibel und kostengünstig kann hier ein Arbeitsplatz nach Bedarf genutzt werden. Abgesehen von dieser zeitlichen Flexibilität ist es vor allem die dort bereits vorhandene Infrastruktur, die diese Büroflächen attraktiver als viele Homeoffice-Lösungen gestaltet. Neben einer schnellen und sicheren Internetverbindung sind moderne Arbeitsplatzausstattung und technische Hardware gesichert. Es besteht die Möglichkeit der kreativen Vernetzung, da man mit Menschen ganz unterschiedlicher Professionen zusammentrifft.

Genutzt werden diese Angebote bevorzugt von Existenzgründern, aber auch größere Unternehmen mieten entsprechende Arbeitsplätze an, um von diesem kreativen Umfeld zu profitieren. Im ländlichen Raum gibt es privatwirtschaftlich betriebene Coworking Spaces, welche mit unterschiedlichen Konzepten verschiedenen Zielgruppen ansprechen. Die Trendstudie „Coworking im ländlichen Raum“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2020 gibt einen Überblick über dieses Marktsegment und zeigt, dass Coworking auf dem Land stark von den technischen Gegebenheiten und der sozialen Vernetzung der Gründerinnen und Gründer abhängt.

Das Land hat bereits 2018 mit dem Modellprojekt CoWin in Marl und Gelsenkirchen begonnen, Coworking-Modelle für Berufspendler zu erproben. Inwiefern die mit dezentralen Working Spaces verbundenen Vorteile auch für Beschäftigte der Kommunal- und Landesverwaltung genutzt werden können, gilt es vertieft zu prüfen. Vorteile wie die Einsparung von Pendelstrecken mit einhergehender geminderter Umwelt- und Verkehrsbelastung, bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie verbesserter beruflicher Teilhabechancen unabhängig von der geographischen Lage liegen auf der Hand. Ebenso könnten in Working Spaces Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen in einem Maße sichergestellt werden, wie es bei Homeoffice-Lösungen nicht möglich ist. Diesen Punkten stehen weiterhin offene Fragen gegenüber. So ist beispielsweise zu klären, wie sich das Interesse bei Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung an einem Arbeitsplatz in einem Working Space regional verteilt, in welchen ländlichen Gebieten bereits private Coworking Space Angebote vorhanden sind, welche Bürokapazitäten in dezentralen Einrichtungen der Kommunal- sowie der Landesverwaltung genutzt werden könnten und welche sicherheitsrelevanten Aspekte gewährleistet sein müssten.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Der öffentliche Dienst konkurriert mit der Privatwirtschaft um die besten Talente. Es ist daher erforderlich zur Steigerung der Effizienz sowie zur Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst Raum für innovative Lösungen zu schaffen.
- Viele Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung können orts- und zeitunabhängig ausgeübt werden. Mobile Arbeit steht daher effizienten Arbeitsabläufen nicht entgegen.
- Arbeitsplatzangebote außerhalb des eigentlichen Büroarbeitsplatzes bieten die Chance lange Pendelstrecken zu vermeiden, einen Beitrag zur Entspannung von innerstädtischen Wohnungsmärkten zu leisten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und den Wunsch nach heimatnahe Arbeitsplatz mit dem sozialen, kreativen Miteinander eines Arbeitsumfelds zu kombinieren.
- Die Dezentralisierung von Arbeitsplätzen in Landesbehörden kann die Attraktivität und Arbeitnehmerfreundlichkeit des Landes als Arbeitgeber steigern und potentielle Personalressourcen erweitern.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- die Voraussetzungen für dezentrale Working Space Angebote kurzfristig zu prüfen, und auf dieser Grundlage Working Space-Angebote für Beschäftigte der Landesverwaltung im Rahmen eines Pilotprojektes anzugehen und eng zu begleiten. Dafür soll auf Erfahrungen aus dem CoWin-Projekt der Landesregierung zurückgegriffen werden. Für das Angebot dezentraler Working Spaces soll je nach Verfügbarkeit und effizienter Umsetzbarkeit entweder auf private Coworking Spaces zurückgegriffen oder aber Infrastruktur von bereits existierenden, dezentralen Behördenstandorten genutzt werden. Dabei ist auf die Einhaltung IT-sicherheitsrelevanter und datenschutzrechtlicher Vorgaben zu achten.
- das Pilotprojekt zu evaluieren und dem Landtag einen Ergebnisbericht vorzulegen.
- dabei zu prüfen, ob Räumlichkeiten und Infrastruktur von kommunalen Behördenstandorten als dezentrale Working Spaces genutzt werden könnten und ob dieses Angebot dezentraler

Arbeitsplätze ebenso auf Beschäftigte von Mittelbehörden und kommunalen Behörden sinnvoll ausgeweitet werden könnte.

- im Weiteren im Dialog mit der Wissenschaft und privaten Anbietern von (Co-)Working Spaces zu erörtern, welche technischen und sozialen Faktoren über die reine Verfügbarkeit von Bürofläche hinaus für den nachhaltigen Erfolg von Working Spaces insbesondere im ländlichen Raum ausschlaggebend sind.

Bodo Löttgen  
 Matthias Kerkhoff  
 Thorsten Schick  
 Dr. Marcus Optendrenk  
 Florian Braun  
 Björn Franken  
 Olaf Lehne  
 Jörg Blöming

und Fraktion

Christof Rasche  
 Henning Höne  
 Jörn Freynick  
 Rainer Matheisen

und Fraktion